miteinander **thema**

Rassistische Mobilisierungen

Hans-Jochen Tschiche zum Abschied 3

Rassistische Mobilisierung in Sachsen-Anhalt 5
Eine Bilanz der Arbeitsstelle Rechtsextremismus

„Ein massiver Anstieg rechter Gewalt“ 7
Interview mit der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

Heidenau als Symptom 9

Flüchtlinge unterstützen – aber wie? 12

Impulse für eine lebendige Demokratie

Miteinander
Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

2015 | 09

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

dieses Themenheft ist das erste einer neuer Reihe des Miteinander e.V. In einer Zeit, wo „Neuigkeiten“ immer kürzere Halbwertzeiten haben, lösen wir mit den neuen Themenheften den „Newsletter“ ab. Damit bündeln wir die fachlichen Kompetenzen des Vereins und seiner verschiedenen Projekte. Wir vertiefen pro Ausgabe ein bestimmtes Thema unserer Arbeit und der gesellschaftlichen Debatte.

Nach fast fünf Jahren Bürgerkrieg erahnen wir nun auch in Europa das Ausmaß der Verheerungen in Syrien. Mit den Kriegsflüchtlingen und der hohen Zahl der Betroffenen stellen sich alte Fragen der Asyl- und Integrationspolitik in neuer Dringlichkeit. Wer darf kommen, wer soll bleiben? Abschottung oder Integration, weder das europäische Recht noch die Gesellschaft nehmen dazu eindeutig Stellung. Die öffentliche Meinung ist gespalten, die Signale aus der Politik ebenso. Wir erleben im ersten Halbjahr einen rasanten Anstieg der Angriffe auf Flüchtlingsheime, die Gefahr für Leib und Leben erinnert uns in fataler Weise an die Situation in den 1990er Jahren. Gleichzeitig gehen mehr Menschen als damals, auf unterschiedlichste Art und Weise mit Gesten, Hilfe und einer solidarischen Haltung auf die Migrantinnen und Migranten zu. Mit der humanitären Krise in den Bürgerkriegsgebieten steigen Wahrnehmung und Verständnis von Fluchtursachen. Gleichzeitig differiert die Akzeptanz gegenüber Migrantinnen und Migranten erheblich. Die Suche nach Glück bleibt weiterhin erklärungsbedürftig.

Dieses Themenheft „Rassistische Mobilisierung“ beleuchtet dementsprechend unterschiedliche Seiten: Wie können Willkommensinitiativen und Netzwerke unterstützt werden, was hilft den Menschen, die zu uns kommen, wo braucht es die Verzahnung zwischen ehrenamtlichen und professionellen Trägern. Zum Anstieg rechter und rassistischer Angriffe berichtet die Mobile Opferberatung. Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus bilanziert die Entwicklungen der letzten Monate und klärt über die Veränderungen im Auftreten der extremen Rechten im Land auf. Im Text versucht die AREX sich an einer ersten Prognose zum beginnenden Wahlkampf der rechten Parteien.

Am Anfang des Heftes steht ein Abschied. Im Juni ist Hans-Jochen Tschiche verstorben. Über fünfzehn Jahre, von 1999 bis 2014, war er der Vorstandsvorsitzende unseres Vereins und unser Freund. Wir haben ihm viel zu verdanken. Hans-Jochen Tschiche wusste, dass sich Demokratie nicht einfach verordnen lässt und Ungerechtigkeit zu allen Zeiten bekämpft werden muss. Dort wo Erzählungen geglättet, Erwartungen zu vorformuliert und das Übliche schon festzustehen schien, fühlte er sich zum Widerspruch verpflichtet. Hans-Jochen Tschiches Stimme wird fehlen.

Anke Lohmann
Vorsitzende Miteinander e.V.

Hans Jochen Tschiche zum Abschied

David Begrich

Es gibt eine Bilderserie des Fotografen Wolfgang Zeyn, die Hans Jochen Tschiche im Herbst 1989 auf einer Kundgebung auf dem Magdeburger Domplatz zeigt. Er steht knapp hinter dem letzten SED Bürgermeister Werner Herzig und wartet auf seine Ansprache. Ich erinnere diese Szenerie gut. Herzig hatte mit seiner Rede gerade die ganze Erbärmlichkeit und Hilflosigkeit eines SED Funktionärs vorgeführt, und war ausgebuht worden. Dann kam Tschiche. Wortgewaltig, aber überlegt im Ton entlarvte er Herzig als den, der er war: ein ehedem brüllender Löwe, der sich nun wie im Märchen als Maus erwies. Den brüllenden Löwen am Schwanze zu ziehen, und also vorzuführen, daran hatte Hans Jochen Tschiche offenbar eine diebische, fast anarchische Freude. Dabei war es ihm offenbar völlig gleichgültig, ob es sich bei dem Löwen nun um einen Bischof, einen Oberkonsistorialrat, einen kleinen oder großen SED Funktionär, um einen angehenden Außenminister oder den künftigen Bundespräsidenten handelte. Immer war Tschiche nur mäßig beeindruckt und gab Widerworte, wo er deutlich anderer Auffassung war. „Ich hatte keine Angst. Nie.“ behauptete er. Soll man das glauben in einem Land, in dessen Tradition die Angst vor der Macht eines der wichtigsten Herrschaftsinstrumente war?

Hans Jochen Tschiche war, da waren sich alle Löwen, denen er begegnete einig, ein Mensch, den man nicht „handhaben“, nicht einfach gefügig machen konnte. Eigensinn, dieses schöne, zu Unrecht negativ bestimmte deutsche Wort trifft es wohl. Eigensinnig war Hans Jochen Tschiche. Eigensinnig in seinem Verständnis des Rechtes auf Abweichung von der jeweiligen Mehrheitsmeinung,

Doch Tschiche wäre nur unvollständig beschrieben, führte man neben seinem Widerspruchsgeist nicht auch seine Fähigkeit zum Ausgleich, zum Dialog, ja zum Brückenbau auf. Tschiche konnte Menschen zusammenführen, die einander lebensweltlich fern lagen. Er brachte Empathie selbst für jene auf, die sich als Gegner erwiesen. Er konnte Gespräche ermöglichen und moderieren, wo andere meinten, es gäbe nichts mehr zu reden. Von dieser Fähigkeit hat der Verlauf der friedlichen Revolution in der Region Magdeburg profitiert, als es darum ging, Gewalt zu verhüten und einen friedlichen Übergang zur Demokratie zu gewährleisten, der auch jene nicht der Verachtung anheimfallen ließ, die in der DDR schuldig geworden waren.

In der Frage des Umgangs mit der DDR Vergangenheit war Tschiche ohne Illusionen. Seine differenzierte Kenntnis der Geschichte des Kommunismus in Osteuropa bewahrte ihn vor pauschalen Urteilen ebenso wie vor Verklärung. So trat er jenen entgegen, die im Rückblick meinten, die DDR habe eine gewisse Behaglichkeit aufgewiesen, aber auch jenen, die in ihr nur einen Gefängnishof erkennen mochten. Sein Eintreten für eine offene Gesellschaft verband sich immer mit der Frage nach deren Fähigkeit, Solidarität mit den Schwachen zu üben.

Als Christ und Theologe war Hans Jochen Tschiche ein frommer Mann. Aber er frömmelte nicht. Sein Glauben vermittelte sich in der Art, wie er Menschen anzusprechen wusste und in seinem Handeln. Diese Sichtbarkeit des Glaubens bedurfte nicht der großen Worte. Sie drückte sich in Gesten und in Redewendungen aus. Lebenserfahrung und Menschenkenntnis verbanden sich bei Tschiche zu einem christlichen Menschenbild, welches Nachsicht zu üben wusste mit menschlichen und politischen Abgründen. Tschiche hielt es wohl mit dem großen evangelischen Theologen Karl Barth der zur Auslegung der Bibel nicht nur diese selbst, sondern ebenso den Kontext der Zeit herangezogen sehen wollte. Bruder Tschiche hatte ein feines Gespür dafür, wo die Bruchstellen in Kirche und Gesellschaft verliefen.

Seine Einmischung in die „inneren Angelegenheiten“ des Landes pflegte Hans Jochen Tschiche weit über das Ende der gleichnamigen Breschnew-Doktrin hinaus. Das hat ihm in Insel auch Hass und Verachtung eingetragen, wo er für das christliche Prinzip der Vergebung und der Achtung auch der Sünder eintrat. Die Rufe „Tschiche raus.“ hat er ruhig ertragen.

Der Verein Miteinander e.V. verdankt Hans Jochen Tschiche unendlich viel. Mit Leidenschaft verfolgte er als langjähriger Vorsitzender unsere Arbeit, ihre Erfolge und ihre Niederlagen. Er mischte sich ein. Vehement verteidigte er die Arbeit des Vereins gegen politische, persönliche und auch gewalttätige Angriffe. Mit sicherem Gespür führte er den Verein durch manche Stürme, immer in der Überzeugung, dass die Arbeit für Demokratie und Weltoffenheit einen langen Atem und viel Gelassenheit braucht. Den Mitarbeitenden des Vereins begegnete er mit einem großen Vorschuss an Vertrauen in ihre fachliche Kompetenz und ihre kommunikative Handlungsfähigkeit.

Hans Jochen Tschiche war nicht nur ein Homo Politikus. Der Horizont seines geschichtlichen Bewusstseins ging weit über die Sphäre des Politischen hinaus. Ebenso gewinnbringend konnte man mit ihm über Literatur und den Beitrag der Poetik reden, die Welt menschenfreundlicher einzurichten.

„Da steht der preußische Ikarus, mit grauen Flügeln aus Eisenguss, dem tun seine Arme so weh . . .“

Wir haben es Menschen wie Hans Jochen Tschiche zu verdanken, dass dieses Land sich 1989 aus einer bleiernen Zeit lösen und in die Demokratie aufbrechen konnte. Seine Sensibilität für Menschen, die im Schatten sind, werden wir vermissen. Denn wir werden sie noch brauchen.

Rassistische Mobilisierung in Sachsen-Anhalt

Eine Bilanz der Arbeitsstelle Rechtsextremismus

Torsten Hahnel

Die Aufnahme von Asylsuchenden in den Landkreisen und Städten bietet organisierten Neonazis, aber auch Bürger_innen, die rassistische Ressentiments teilen, eine öffentliche Plattform. Auch wenn die Heftigkeit der verbalen und tätlichen Angriffe auf Geflüchtete überrascht, hatte sich diese Eskalation bereits seit einiger Zeit angekündigt.

Im Sommer 2013 startete eine neue Welle rassistischer Aktivitäten gegen Flüchtlinge in Deutschland. Als im Berliner Stadtteil Marzahn-Hellersdorf eine neue Gemeinschaftsunterkunft eingerichtet werden sollte, protestierten wochenlang rassistische Anwohner_innen, unter denen sich auch zahlreiche Neonazis befanden. Informationsveranstaltungen wurden gestört, Demonstrationen durchgeführt und verbotene NS-Symbole gezeigt. Aus ähnlichem Anlass folgten Demonstrationen mit bis zu 1500 Teilnehmer_innen in Schneeberg und Greiz. Aber dabei blieb es nicht: körperliche Angriffe auf Flüchtlinge und Attacken gegen ihre Unterkünfte nahmen ebenfalls zu. Die Mobile Opferberatung registrierte auch in Sachsen-Anhalt vermehrt rassistische Gewalttaten. In den sozialen Netzwerken zeichnete sich ein Trend allerdings bereits vorher ab: es kam zu einer neuen Intensität an rassistischen Kommentaren und Aufrufen. Sowohl die zum großen Teil dezentrale Unterbringung der Geflüchteten, als auch das Fehlen aktionsfähiger rechter Strukturen in vielen Orten Sachsen-Anhalts stand der Durchführung großer Demonstrationen und Kundgebungen wie in Sachsen oder Thüringen jedoch im Wege.

Aufgrund der zahlreichen internationalen Krisenherde nahm die Zahl der Flüchtlinge seit Anfang 2014 deutlich zu. Parallel dazu stiegen Versuche von Neonazis, diesen Umstand zur Mobilisierung gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte auszunutzen, bundesweit deutlich an. Auch wenn der Schwerpunkt dieser rassistischen Mobilisierung weiterhin in Sachsen auszumachen ist, gab und gibt es solche Aktivitäten auch in Sachsen-Anhalt.

Das Schüren von Ängsten und Hass gegen Flüchtlinge und die Initialisierung rassistischer Kampagnen ist zum zentralen Aktionsfeld der rechten Szene in Sachsen-Anhalt geworden. Parallel dazu sind grundlegende Veränderungen der neonazistischen Strukturen zu beobachten. So entwickelte sich im halleschen Stadtteil Silberhöhe der Kern einer neuen, neonazistischen Kameradschaft, die sich aus dem „Protest“ gegen den Zuzug mehrerer Roma-Familien speiste. Tröglitz, das im Jahr 2015 noch eine prominente Rolle spielen sollte, war schon Ende 2014 Aufmarschgebiet der rechten Szene, die gemeinsam mit Teilen der Anwohnerschaft gegen die geplante Unterbringung von Flüchtlingen demonstrierte. In Bitterfeld wurde die regionale Naziszene durch den Zuzug auswärtiger Nazikader wiederbelebt und auch in anderen Teilen des Landes traten neue rechte Akteure auf und versuchten, von der angespannten Situation zu profitieren.

Strategiewechsel: Rückzug vom Rückzug ins Private

Der Trend der letzten Jahre, wonach offen rechte und neonazistische Demonstrationen und Kundgebungen abnahmen, während jugendkulturelle Ausdrucksformen an Bedeutung gewannen, hielt auch im Jahr 2014 an. Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus registrierte mit 35 rechten und neonazistischen Konzerten erneut eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2013. Dagegen zählten wir lediglich 10 Aufmärsche und 7 Kundgebungen.

In der zweiten Jahreshälfte deutete sich das Ende dieser Entwicklung an. Bereits bei den ersten Aktivitäten von „HOGESA“ und „PEGIDA“ waren zahlreiche Personen aus der sachsen-anhaltinischen Neonaziszene beteiligt. So war damit zu rechnen, dass das neue Selbstbewusstsein der Szene sich bald auch an Aktionen vor Ort zeigen würde. Der gravierende Strategiewechsel – weg vom Rückzug ins Private und Subkulturelle hin zu öffentlichkeitswirksamen politischen und gewalttätigen Aktionen – wurde seit Beginn des Jahres 2015 auch in Sachsen-Anhalt zählbar.

Angespornt durch die bundesweite Entwicklung gingen auch sachsen-anhaltinische Neonazis wieder vermehrt zu öffentlichen Aktionen über. Sogenannte Spaziergänge, bei

denen Neonazis meist Seite an Seite mit Einwohner_innen gegen geplante, oder bereits existierende Flüchtlingsunterkünfte auf die Straße gingen, wurden durchgeführt. Im kleinen Ort Tröglitz bei Zeitz kam es zu mindestens elf solcher Aktionen. Der Ort erlangte weit über die Landesgrenzen hinaus traurige Berühmtheit, als die dort geplante Flüchtlingsunterkunft angezündet und unbewohnbar gemacht wurde.

In Magdeburg fanden seit Januar Aufmärsche unter dem Label „MAGIDA“ statt. Die Organisator_innen sehen sich als Teil der in den Medien oft euphemistisch als „islamkritisch“ beschriebenen „PEGIDA-Bewegung“. Tatsächlich handelt es sich hier um Neonaziaufmärsche: Nicht nur regionale Nazikader treten als Organisator_innen und Teilnehmer_innen auf, auch Neonazis verschiedenster Strömungen aus dem gesamten Bundesgebiet sind gern gesehene Gäste. Darüber hinaus gab es zahlreiche “traditionelle“ Naziaufmärsche u.a. in Magdeburg, Halle, Halberstadt und Bitterfeld. Diese drehten sich thematisch nahezu ausschließlich um das Thema „Asyl“. Bis Mitte Juni 2015 gab es mindestens 38 rechte Demonstrationen. Für die kommenden Monate liegen bereits weitere Ankündigungen vor.

Wenig überraschend stieg im gleichen Zeitraum auch die Anzahl rechter Gewalttaten deutlich an. Besonders auffällig ist diese Entwicklung in Halle, wo im gesamten Vorjahr 18 rechte Angriffe durch die Mobile Opferberatung registriert wurden. Im ersten Halbjahr 2015 stieg diese Zahl auf mindestens 30 Fälle. Beim überwiegenden Teil handelt es sich um antiziganistisch motivierte Straftaten im Stadtteil Silberhöhe. Aber auch im verbleibenden Stadtgebiet fanden deutlich mehr Angriffe statt. Gerade in der Silberhöhe ist der Zusammenhang zwischen ungehemmt hetzenden Teilen der Anwohnerschaft und der Neu-bzw. Reformierung neonazistischer Strukturen, zwischen Alltagsrassismus und offener Gewalt unverkennbar. Trotz aktiver zivilgesellschaftlicher Strukturen und deutlichen Zeichen der Solidarisierung mit Geflüchteten, ist offensichtlich, dass auch in Halle lange Zeit zu wenig gegen die Verbreitung von Alltagsrassismus unternommen wurde.

Ausblick zur Landtagswahl 2016

Der Erfolg rassistischer Mobilisierungsversuche hängt stark davon ab, wie gut die regionale rechte Szene auftreten kann und in welcher Form zivilgesellschaftliche Kräfte sich dieser Herausforderung stellen. Die Auseinandersetzung mit rassistischer Agitation – sei es im Internet, auf der Straße oder in den Parlamenten, stellt die zentrale Herausforderung an die Bildungs-, Recherche- und Beratungsarbeit im Land dar.

Da alle Spektren der rechten Szene hoffen, aus der Mobilisierung gegen Flüchtlinge bei den Landtagswahlen im März 2016 profitieren zu können, rechnen wir im Laufe des Jahres mit einer weiteren Zunahme öffentlicher Aktivitäten von Neonazis. Bisher haben die NPD und „Die Rechte“ angekündigt, zur Wahl anzutreten. Beide haben kaum Chancen in den Landtag einzuziehen, werden aber die Möglichkeiten des Wahlkampfes nutzen, um für sich zu werben und auch um den Einfluss in der Szene auszubauen. Die NPD dürfte dabei die deutlich schlechteren Karten haben, da sie sich noch immer nicht von der Niederlage bei der letzten Landtagswahl erholen konnte und im vergangenen Jahr durch Parteiaustritte und interne Machtkämpfe zusätzlich geschwächt wurde.

Im Gegensatz dazu scheint der sachsen-anhaltinische Ableger der Partei „Die Rechte“, der momentan aus zwei Regionalgruppen und einem Landesverband besteht, auf die Unterstützung der neonazistischen Szene zählen zu können. Auch zu den weiteren Akteuren, wie „Der III. Weg“ oder der „Europäischen Aktion“ sowie diversen Kameradschaften bestehen gute Beziehungen. Deshalb muss mit einem aggressiv geführten Wahlkampf aus diesem Spektrum gerechnet werden.

Auch die AfD wird zur Wahl antreten. Bereits vor der Spaltung auf dem Bundesparteitag Anfang Juli, waren die Vertreter_innen der AfD in Sachsen-Anhalt dem rechten Flügel zuzuordnen. Die Richtungsentscheidung des Bundesverbandes dürfte sich in der zukünftigen inhaltlichen Orientierung des Landesverbandes noch deutlicher niederschlagen. Allerdings ist die Partei personell äußerst schwach aufgestellt. Trotzdem hätte die AfD nach aktuellen Umfragen gute Chancen in den Landtag einziehen zu können.[1] Trotz aller Schwäche wird auch die AfD voraussichtlich einen Wahlkampf mit rassistischer Ausrichtung führen und dabei durch die drei ostdeutschen Landesverbände, die bereits über mehr oder weniger stabile Fraktionen verfügen (Brandenburg, Sachsen und Thüringen), Unterstützung erhalten.

Es werden also drei rechte bis neonazistische Parteien um die Stimmen der Wähler_innen in Sachsen-Anhalt werben. Wie erfolgreich dieses Werben sein kann und ob eine der Parteien sogar im nächsten Landtag sitzen wird, hängt auch von der Ausdauer und Stärke der demokratischen Gegenkräfte im Land ab.

1 Vgl.: http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen-anhalt.htm, zuletzt eingesehen am 14.09.15.

„Ein massiver Anstieg rechter Gewalt“

Interview mit der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

Die rassistischen Mobilisierungen, die seit etwa zwei Jahren an verschiedenen Orten stattfinden, richten sich im Wesentlichen gegen zwei Hauptziele. Einerseits wird überall dort, wo aufgrund der gestiegenen Zahl von Geflüchteten neue Unterkünfte entstehen sollen, massiv protestiert. Andererseits gelingt es den sogenannten „Anti-Islam-Kundgebungen“ regelmäßig, hohe Teilnehmer_innenzahlen bei ihren Aufmärschen zu erzielen, nicht nur in Dresden, sondern beispielsweise auch in Magdeburg. Anfang Juli sprachen wir mit Antje Arndt von der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt, um zu erfahren, was die rassistische Stimmungsmache für ihre Arbeit bedeutet.

Wo liegen momentan die regionalen Schwerpunkte Eurer Arbeit?

Für die ersten Monate dieses Jahres lassen sich unterschiedliche Schwerpunkte festmachen. In einigen Regionen haben wir einen erheblichen Anstieg rechter und rassistischer Angriffe registriert. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Es gibt Regionen, in denen eine große Anzahl rechter Gewalttaten verübt wurden, die in den vergangenen Jahren nicht so stark aufgefallen sind. In Bitterfeld zum Beispiel wurden uns innerhalb weniger Monate 15 rechts motivierte Angriffe bekannt. Und dabei sprechen wir von Angriffen von teilweise erheblicher Brutalität. Ein Jugendlicher wurde beispielsweise am Bahnhof mit einem Baseballschläger angegriffen. Vermeintliche politische Gegner wurden bis in die Wohnung verfolgt, bedroht und verletzt. Bei einem Brandanschlag auf einen Wohnwagen auf dem Gelände des Alternativen Kulturwerks (AKW) ist der Wagen völlig ausgebrannt und wir können von Glück sprechen, dass sich zum Zeitpunkt des Anschlags niemand darin aufgehalten hatte.

Insbesondere die Stadt Halle ist bislang absoluter Schwerpunkt. Schon im vergangenen Jahr hatte Halle mit 18 Angriffen einen traurigen Spitzenplatz bei der Zahl politisch rechts motivierter Gewalttaten in Sachsen-Anhalt. Aber in diesem Jahr ist die Zahl noch einmal erheblich gestiegen. Für das erste Halbjahr haben wir bereits bis jetzt 30 Angriffe registriert, also fast doppelt so viele wie im gesamten Vorjahr. Auf das ganze Land bezogen wissen wir bisher von 78 Angriffen im ersten Halbjahr 2015. Davon waren etwa 60 Prozent rassistisch motiviert.

Wer sind die Betroffenen und wo finden diese Angriffe in Halle statt?

Die allermeisten dieser Taten wurden im Stadtteil Silberhöhe verübt und richteten sich gegen Roma. Für das erste Halbjahr sind uns allein 20 Gewalttaten gegen Roma in Halle-Silberhöhe bekannt geworden. Darüber hinaus berichten uns Betroffene aber auch von alltäglichen Beleidigungen, Einschüchterungen und Anfeindungen, die sich nicht in der Angriffsstatistik niederschlagen. Natürlich gehören diese Taten auch zum Gesamtbild, also zum Klima in dem Stadtteil.

Dass, was im Sommer vergangenen Jahres erst mit Hetze und Pöbeleien im Internet begonnen hat, hat sich über die rassistischen Schmierereien und Pöbeleien zur konkreten Gewalt auf der Straße gesteigert. Die neu gegründete Kameradschaft und die rassistischen Demonstrationen sind dabei nur der auffälligste Teil.

Insgesamt müssen wir das, was auf der Silberhöhe passiert, als eine gezielte Bedrohungs- und Vertreibungsspolitik bezeichnen, die zudem auch noch partiell erfolgreich ist. Denn durch die permanente Bedrohung herrscht unter den betroffenen Familien ein Klima der Angst. Viele haben den Stadtteil bereits verlassen oder suchen verzweifelt nach Alternativen.

Ist das Geschehen in der Silberhöhe in der Stadt ein Thema? Ist das der Öffentlichkeit bewusst?

In der konkreten Form und in den Ausmaßen sicher nicht. Es gibt natürlich zahlreiche Menschen, die sich mit dem Thema beschäftigen und die sich engagieren. Es gibt das Bündnis „Halle gegen Rechts“ und einige andere Initiativen. Auch in der Stadtverwaltung gibt es ansprechbare Personen, aber in der Breite gibt es kein Bewusstsein für die Ausmaße. Das hat natürlich auch mit der öffentlichen Wahrnehmung zu tun. Wenn eine rechte Demonstration stattfindet, oder irgendwelche Bürgerwehraktionen der Brigade, dann wird das schnell bekannt. Aber die Betroffenen haben aufgrund der permanenten Bedrohungssituation oft Angst, Anzeige zu erstatten und dass Angriffe öffentlich gemacht werden. Die Bedrohungslage ist daher den meisten nichtbetroffenen Menschen nicht präsent.

Hinzu kommt, dass viele der genannten Straf- und Gewalttaten von der Polizei zwar als Straftaten registriert, aber nicht als politisch rechts motiviert bewertet werden. Daher fallen sie statistisch weniger auf und sind eben „nur“ allgemeine Kriminalität.

Woran liegt es, dass die Taten unterschiedlich bewertet werden?

Das lässt sich für uns natürlich nicht genau feststellen. Es ist jedoch so, dass die Polizei eine Tat nur dann als politisch rechts motiviert einstuft, wenn das rechte Motiv direkt in der Tat deutlich wird. Beispielsweise, wenn bei einem Angriff auch rassistische Beleidigungen gerufen werden oder Ähnliches. Wenn die Betroffenen die Beleidigungen aber gar nicht verstehen, können sie diese auch nicht als solche wiedergeben und dann wertet die Polizei die Tat offenbar nicht als rechts motiviert – obwohl aus dem Kontext deutlich wird, dass die Taten gegen die Roma als Roma gerichtet, also antiziganistisch sind.

Ist die Situation in der Silberhöhe allein verantwortlich für die hohe Zahl von Angriffen in Halle?

Nein, so ist es natürlich auch nicht. Wir mussten auch in anderen Stadtgebieten Angriffe registrieren – das gilt sowohl für die Innenstadt, den Bahnhof, den Norden – wie beispielsweise Trotha, oder für die Neustadt. Der nochmalige, erhebliche Anstieg der Angriffszahlen in der Stadt erfolgte ja bereits von einem hohen Niveau aus. In Halle gab es bereits viele Angriffe bevor die Bedrohungslage auf der Silberhöhe so stark zunahm.

Sind das auch im weiteren Stadtgebiet überwiegend rassistisch motivierte Angriffe?

In der überwiegenden Zahl auf jeden Fall. Die Zunahme der rechts motivierten Angriffe ist zu einem sehr großen Teil auf den Anstieg der rassistisch motivierten Gewalt zurück zu führen. Hier zeigen sich ganz deutlich die Konsequenzen der flüchtlingsfeindlichen und rassistischen Grundstimmung im Land, die immer da besonders sichtbar wird, wo sich Protestinitiativen gegen neue Unterkünfte für Geflüchtete gründen und Hetze betrieben wird. Oft finden sich solche Gruppen und Initiativen zunächst im Internet, aber in einigen Fällen eben auch dann real auf der Straße. Aber auch die endlos erscheinenden Pöbel-Gruppen im Internet erzielen eine spürbare Verschärfung der Stimmung gegen Flüchtlinge, die sich dann auch im Alltag niederschlägt, ohne dass eine rechte Demonstration angemeldet wird.

Die Angriffe richten sich natürlich nicht nur gegen reale oder vermeintliche Flüchtlinge. Je nach Region können auch politische Gegner und Linke zum Angriffsziel werden. Das zeigt sich insbesondere im Fall von Bitterfeld. Dort gab es auch rassistisch motivierte Angriffe, aber die am stärksten Betroffenen waren hier Personen, die als politische Gegner wahrgenommen werden. Auch im Umfeld des GIDA-Ablegers in Magdeburg ist es zu Angriffen auf Gegendemonstrant_innen gekommen.

In Magdeburg hat es außerdem mehrere Angriffe gegen vermeintliche Muslime gegeben. Das müssen wir schon vor dem Hintergrund der sogenannten islamkritischen Demonstrationen werten.

Wie ist die Situation in der Landeshauptstadt insgesamt?

In der Stadt gab es ebenfalls zahlreiche Angriffe gegen unterschiedliche Personenkreise. Mit insgesamt 14 Fällen im ersten Halbjahr 2015 schlägt sich die rassistische Stimmung auch in Magdeburg deutlich in Gewalt nieder. Halle ist momentan aber ein absoluter Schwerpunkt.

Was wünscht Ihr Euch in Anbetracht dieser Entwicklungen? Was müsste beispielsweise in Halle passieren?

Keine leichte Frage. Für die Silberhöhe wünsche ich mir natürlich viel mehr Unterstützung für die Betroffenen der Gewalttaten. Aber um wirklich etwas an der Situation zu verbessern, müssten wirksame Schritte gegen das rassistische Klima vor Ort passieren. Dass könnte heißen, dass sich Menschen direkt schützend vor Roma stellen, wenn diese beleidigt und diskriminiert werden oder dass sich Menschen als Zeug_innen zur Verfügung stellen.

Wichtig wäre insgesamt, dass sich noch mehr Menschen im Alltag mit den Betroffen solidarisieren, damit sich die Angreifer_innen nicht als Vollstrecker_innen der Mehrheitsmeinung inszenieren können.

Heidenau als Symptom?

Die Rhetorik von der „Flüchtlingskrise“ befördert rassistische Diskurse.

David Begrich

Zufall oder Menetekel? Die rassistischen Krawalle in Heidenau im August fielen auf jenes Datum, an dem im Jahr 1992 die Tage rechten Terrors in Rostock-Lichtenhagen begannen. Zwei Tage lang brach sich in Heidenau die rechte Gewalt gegenüber Polizisten bahn, die eigentlich auf die in einem ehemaligen Baumarkt untergebrachten Flüchtlinge zielten. Ein Video, welches die Täter selbst gefertigt und hochgeladen hatten, wurde von dem sächsischen SPD Landtagsabgeordneten Henning Homann gesichert und veröffentlicht. Es zeigt rechte Wutbürger_innen, Hooligans und organisierte Neonazis bei der Ausübung völlig entgrenzter Gewalt. Unter dem Ruf „Wir sind das Volk“ wurden Steine und Flaschen geworfen, Molotowcocktails entzündet und ein ganzer Straßenzug vor dem ehemaligen Baumarkt verwüstet. Die Bilder zeigen zudem eine taktisch offenbar überforderte Polizei in heilloser Flucht vor den rechten Gewalttäter_innen. Augenzeug_innen berichteten, vor allem in der zweiten der Heidenauer Gewaltnächte, sei ein planvolles Vorgehen der rechten Akteure zu beobachten gewesen.
Am Montag nach dem Wochenende rassistischer Gewalt in Heidenau verwies die sächsische Landesdirektion angesichts der Kritik an dem dilettantischen Polizeieinsatz darauf, die Behörden hätten nicht über ausreichend Personal verfügen können, um die Polizei vor Ort zu verstärken. Dieses Argument sahen professionelle Beobachter_innen polizeilicher Einsatzlagen durch den Umstand entkräftet, dass am gleichen Wochenende offenbar ausreichend Sicherheitskräfte zur Verfügung standen, um sogenannte Risikospiele in der Dritten Fußball Bundesliga zu sichern. In ausreichender Stärke war die Polizei erst wieder vor Ort, als antirassistische Aktivist_innen sich in Heidenau schützend vor die Flüchtlinge stellen wollten.

Die Spuren der rechten Gewalt waren in Heidenau noch nicht beseitigt, da hob in Politik und Medien bereits ein veritabler Streit darüber an, ob die Häufung rassistischer Gewalt in Ostdeutschland exemplarisch für das dortige gesellschaftliche Klima gegenüber Flüchtlingen stehe. Doch Fakten und Argumente, die belegen, dass die Zahl rassistischer Gewaltstraftaten in Ostdeutschland größer, die Verankerung neonazistischer Strukturen reichweitestärker und die Zustimmungsbereitschaft von Teilen der Bevölkerung zu fremdenfeindlichen Vorurteilen jeweils höher liegt als im Westen, spielten kaum eine Rolle. Stattdessen dominierten alte Ost-West Gegensätze die Debatte. Auf der einen Seite wurde das Erbe der DDR für den ostdeutschen Rassismus verantwortlich gemacht. Andererseits wurde allein die Frage nach spezifisch ostdeutschen Gründen für rassistische Gewalt von den ostdeutschen Ministerpräsidenten Tillich (Sachsen), Woidke (Brandenburg) und Ramelow (Thüringen) empört als „ungerechtfertigte Stigmatisierung des Ostens durch Teile der westdeutschen Medien“ zurückgewiesen[1]. Parteiübergreifend ließen die Ministerpräsidenten der Ostländer wissen, es mache keinen Sinn in der Debatte um rassistische Gewalt nach der Himmelsrichtung zu schauen. In einer Sondersendung des MDR Anfang September unter dem Titel „Chefsache Flüchtlinge“ räumten die drei mitteldeutschen Ministerpräsidenten Haseloff, Tillich und Ramelow zwar ein, dass es im Osten Probleme mit rassistischer Gewalt gäbe. Die Frage nach deren Ursachen aber mochte der MDR an diesem Abend allerdings nicht vertiefen.

Es ist unstrittig, dass in der Berichterstattung über Rechtsextremismus in Ostdeutschland zeitweise mit Klischees über Plattenbauten, Glatzköpfe und Arbeitslosigkeit operiert wurde. Doch der Verweis auf Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und rechte Gewalt in Westdeutschland kann nicht als Entlastung von der ostdeutschen Verantwortung dienen, selbstkritisch der Frage nachzu-

1 Vgl. Welt am Sonntag 02.09.2015

gehen, weshalb gerade hier alle Indikatoren darauf verweisen, dass Rechtsextremismus und Rassismus eine höhere gesellschaftliche Resonanz erzielen als im Westen.

Statt die vorgebliche Stigmatisierung des Ostens bei den Themen Rechtsextremismus und Rassismus zu beklagen, wäre eine kritische Aufarbeitung des braunen Jahrzehnts in Ostdeutschland zwischen 1990 und 2000 dringend geboten. Durch dieses Jahrzehnt zog sich in den neuen Bundesländern eine Spur neonazistischer Gewalt, deren Ausmaße keineswegs Teil des zeitgeschichtlichen Gedächtnisses der Öffentlichkeit sind. Der entstandene Eindruck, in Teilen Ostdeutschlands sei man in Bezug auf rechte Gewalt in eine Zeitschleife der 1990er Jahre geraten, ist nicht von der Hand zu weisen. Denn den Ereignissen von Heidenau im Spätsommer 2015 ging seit 2012 eine ganze Reihe von rassistischen Mobilisierungen voraus, deren Schwerpunkt im Osten lag. Erinnert sei nur an die wochenlangen sogenannten „Lichtelläufe" in Schneeberg, die - initiiert von der lokalen NPD - in der Region auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stießen.

Der Unterschied in den Repräsentationsformen des Rechtsextremismus zwischen Ost- und Westdeutschland besteht darin, dass im Osten einerseits die Strukturen neonazistischer Gruppen und rechter Parteien tiefer verankert sind, aber auch, dass die Normalisierung der Präsenz rechter Politik- und Identitätsangebote im Osten ein Maß erreicht hat, in welchem eine soziale Praxis rechter Ideologie gar nicht mehr als solche, sondern als legitimer Teil der Meinungsbildung oder der Lebensgestaltung angesehen wird. Seit Mitte der 1990er Jahre entwickelten sich in Ostdeutschland stabile und sich bis heute reproduzierende rechte Milieus, von denen die Proteste gegen Flüchtlinge und Asylbewerber_innen getragen werden. Es ist eine bittere Wahrheit, dass die Fundamente für die heutigen Auftrittsformen von Rassismus und Rechtsextremismus von der „Generation Hoyerswerda" gelegt wurden. Jene, die vor mehr als zwanzig Jahren vor den Asylbewerberheimen randalierten und Migrant_innen angriffen, teilen die kollektive biographische Erfahrung, ihren rassistischen Auffassungen mittels Gewalt nicht nur Gehör, sondern vielerorts auch zum Durchbruch verholfen zu haben. Skepsis und Ablehnung gegenüber den Regularien und Instituten der Demokratie haben in dieser Generation zugenommen.[2] All dies bleibt nicht ohne Folgen. Zwar sind die Angehörigen der Generationenkohorte der heute vierzigjährigen nicht mehr als Gewaltakteure aktiv. Aber als Eltern geben sie Einstellungen und Haltungen an jene Generation weiter, die nun auf der Straße die handelnden Akteure sind. Um die tieferliegenden Zusammenhänge zwischen den Formaten rassistischer Mobilisierung damals und heute zu erschließen, muss man der breiten Spur des Rassismus und des ostdeutschen Wunsches nach ethnisch-kultureller Homogenität folgen, die von Hoyerswerda 1991 nach Heidenau 2015 führt.

Die beobachtbare Konzentration des Erfolgs rassistischer Mobilisierungen auf Sachsen ist evident. Sie hat ihren Grund in der spezifischen politischen Kultur des Bundeslandes und ihres seit mehr als zwanzig Jahren andauernden verharmlosenden Umgangs mit Rechtsextremismus und Rassismus. Zwar waren die Ausgangsbedingungen für die Entstehung eines rechtsextremen Milieus zunächst in allen ostdeutschen Ländern in dem Sinne gleich, als dass es am Ende der DDR in allen Bezirken offen auftretende Neonazis gab. Doch ab Mitte der 1990er Jahre ging die Entwicklung im Osten auseinander. Während sich das Land Brandenburg nach leidvollen Erfahrungen mit rechter Gewalt der Einsicht stellte, das die Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht allein Aufgabe der Sicherheitsbehörden bleiben könne und nach Wegen suchte, die Zivilgesellschaft zu stärken, geschah in Sachsen genau das Gegenteil. Seit den Zeiten von „König" Kurt Biedenkopf, der die Sachsen für „immun" gegenüber Rechtsextremismus hielt, entstand eine sächsische Tradition, in der die rechtskonservativen politischen Mehrheiten im Land die Entwicklung verharmloste. In diesem Umfeld etablierte sich die NPD über einen Zeitraum von zehn Jahren als kommunalpolitische Kraft. Von dieser Verankerung profitieren die Partei und ihr neonazistisches Umfeld auch nach dem Ende ihrer Fraktion im sächsischen Landtag. Nun sind es die Kommunalpolitiker_innen der NPD, die sich vor Ort als Organisator_innen des rassistischen Protests betätigen. So berechtigt die Kritik an der politischen Kultur Sachsen im Umgang mit Rechtsextremismus ist, so unangebracht ist der zuweilen zu vernehmende arrogante Ton, in dem über das angeblich fortbestehende Dresdner „Tal der Ahnungslosen" gesprochen wird. Was in Sachsen als üble Melange aus autoritärem Staat, Schwäche demokratischer Kultur und Rassismus von unten wirksam ist, lässt sich andernorts ebenso antreffen. Wer die Zustände in Sachsen mit dem Ruf nach einem „Säxit"[3] beantwortet sehen

2 Vgl. Andreas Zick et al: Fragile Mitte, feindliche Zustände, Dietz Verlag 2014

3 Vgl. Stefan Schirmer: Dann geht doch: Hass, Extremismus und Abschottung in Sachsen : Ist es Zeit für einen Säxit? http://www.zeit.de/2015/34/sachsen-austritt-bundesrepublik-rechtsextremismus-pegida

möchte, möge bedenken, dass in der gegenwärtigen Phase einer Widerkehr rassistischer Diskurse keine Region vor rassistischer Mobilisierung – welcher Art auch immer – gefeit ist. In einer Zeit täglicher Meldungen über rassistische Brandanschläge und Angriffe stellt sich somit nicht nur die Frage nach den Gründen für die Herausbildung regionaler Schwerpunkte, sondern jene nach der rassistischen Mobilisierungen befördernden Mechanismen.

Als Quelle solcher Mobilisierungen hatte nicht nur Bundesjustizminister Heiko Maaß die Social Media Formate im Internet ausgemacht. In der Tat nahm mit der Ausbreitung von Web 2.0 Formaten Hate Speech im Internet rasant zu.[4] Die dort anzutreffenden Formen einer Parallelöffentlichkeit verengen die Wahrnehmung der Nutzer_innen auf Nachrichten, die mit der vorgefassten Meinung über Asylbewerber_innen konform geht. Meldungen über vermeintliche oder tatsächliche Kriminalität oder auch nur kleine Regelverstöße von Asylbewerber_innen werden in Internetforen als Beleg für die vorgebliche empirische Evidenz der eigenen Auffassungen präsentiert. Konträre Meinungen werden entweder nicht mehr zur Kenntnis genommen, oder von vornherein als manipulativ denunziert. So stellt die Öffentlichkeit rassistischer Internetforen keine Gegenöffentlichkeit im Sinne einer Konkurrenz zu privaten oder öffentlich-rechtlichen Medien dar. Vielmehr zeichnet sich die skizzierte Parallelöffentlichkeit dadurch aus, sich völlig von der Interaktion mit anderen (Teil)-Öffentlichkeiten verabschiedet zu haben.

Doch der Schluss, Social Media Plattformen ersetzten die klassischen Formen neonazistischer Vernetzung und Organisierung, wie die FAZ unter Berufung auf die Sicherheitsbehörden berichtet[5], geht fehl. Die Auswertung einer Vielzahl von Formaten wie „Nein zum Heim in . . . „ oder „… wehrt sich" zeigt, dass es für eine reale rassistische Mobilisierung mehr bedarf als nur einen „Like" auf Facebook oder eine Weiterleitung. Die Auswertung einschlägiger Foren und deren Reichweite in den Regionen zeigt, dass die reale mobilisierende Wirkung ausbleibt, wo hinter den Betreiber_innen solcher Facebook-Seiten nicht reale neonazistische oder andere rechte Akteure stehen, die als organisatorisches Rückgrat und Sprecher_innen rassistischen Protestes fungieren. Mag die Hetze im Netz auch hohe Wellen schlagen. Es gibt keinen Automatismus der mobilisierenden Übertragung auf die Realität. In nicht wenigen Foren beklagen deren Betreiber_innen denn auch, dass viele Kommentator_innen die Foren nur als Ventil für zügellose rassistische Hetze nutzten, und dass ein solcher „Klicktivism" keine reale Wirkung entfalte. Schließlich braucht es neben jenen, die sich vor Ort als Initiatoren betätigen eine Gelegenheitsstruktur, einen Anlass – und sei es nur eine auf Vorurteilen basierendes Gerücht, der zum Kristallisationspunkt rassistischer Proteste werden kann. Dies zeigt, dass das Internet nicht Motor sondern Spiegel rassistischer Diskurse und Mobilisierungen ist, die sich real unter den jeweils regional spezifischen Bedingungen entwickeln.

Doch wirkungsmächtiger für die Stimmung im Land dürften Diskurse sein, in denen Flüchtlinge beständig mit dem Begriff „Krise" assoziiert werden. Kommunalpolitiker_innen, die sich angesichts steigender Flüchtlingszahlen in einer Rhetorik vom „Notstand" ergehen, mögen ihre Appelle an Bund und Länder adressiert sehen. Faktisch verstärken sie jedoch die Ressentiment geladenen Argumente jener, die den Zuzug von Asylbewerber_innen und Flüchtlingen als ungerechtfertigte Zumutung der Politik ansehen und die Bilder von Zeltstädten und die mangelhafter hygienische Ausstattung von Flüchtlingsunterkünften als Beleg für ihre Ablehnung gegenüber Flüchtlingen interpretieren. Die Klage, Feldbetten, Toiletten und Duschkabinen, die bislang für jedes Rockfestival in ausreichender Zahl vorhanden waren, seien nun zur Mangelware geworden, verstärkt den Diskurs unter dem Label „Flüchtlingskrise".

Die große Zahl der Willkommensinitiativen und der ehrenamtlichen Helfer_innen sind ein Hoffnungszeichen dafür, dass der rassistische Spuk der 1990er Jahre nicht zurückkehren möge. Hierfür ist die Zivilgesellschaft sehr wohl gefragt. Dies entbindet einen der reichsten Staaten der Erde jedoch nicht von der Aufgabe, humanitäre Essentials im Umgang mit Flüchtlingen schlicht einzuhalten und den Eindruck zu vermeiden, die soziale Infrastruktur stehe vor einem Kollaps. Die ehrenamtlich in der Begleitung von Flüchtlingen tätigen Initiativen stehen in Teilen Ostdeutschlands unter einem Druck von rechts. Ihren Mut und ihr Engagement gilt es zu stärken, ohne die Behörden aus ihrer fundamentalen Verantwortung zu entlassen.

Eine gekürzte Fassung des Textes erscheint in „Blätter für deutsche und internationale Politik" 10/2015

4 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (hrsg.) Geh sterben : Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet; Berlin 2015

5 Vgl.FAZ 02.09.2015 Ist rechtsextremistische Hetze im Netz schuld an den Anschlägen? http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus/fluechtlingsunterkuenfte-ist-rechtsextremistische-hetze-im-netz-schuld-an-den-anschlaegen-13780349.html

Flüchtlinge unterstützen – Aber wie?

Die Arbeit der Regionalen Beratungsteams bei Miteinander e.V. zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements für geflüchtete Menschen

Michael Barthel

So ambivalent kann das Engagement für Flüchtlinge in der Gemeinde sein. Die Initiative „Willkommen in Hohenmölsen“ schreibt in einer Zwischenbilanz auf ihrer Facebookseite: „Acht Wochen „Willkommen in Hohenmölsen“. Es gibt Licht und Schatten! Das Licht überwiegt, also weiter geht’s!“ [1] Vor allem Gerüchte und Anschuldigungen gegenüber den Flüchtlingen werden in dem Text problematisiert, aber auch Bedrohungen und Beleidigungen hätten die Bewohner_innen der Gemeinschaftsunterkunft erlebt. Einigen wurde im Bus sogar der Sitzplatz verweigert. Nichtsdestotrotz überwiege das Positive, wie zum Beispiel die Unterstützungsangebote vieler Bürgerinnen und Bürger.

Nachdem Anfang April in Tröglitz ein Haus brannte, das als Flüchtlingsunterkunft dienen sollte, gab es weltweite Aufmerksamkeit – auch für die nicht weit entfernte Stadt Hohenmölsen und ihre Initiative. „Willkommen in Hohenmölsen“ diente als leuchtendes Gegenbeispiel zur Ortschaft Tröglitz, die sich zuvor bereits durch wöchentliche Demonstrationen gegen Flüchtlinge und Drohungen gegen den Ortsbürgermeister ausgezeichnet hatte.

Zwei Monate nach Ankunft der Flüchtlinge in Hohenmölsen wird jedoch deutlich: Auch hier sind Menschen, die sich engagieren, mit vielfältigen Problemen konfrontiert. Die Flüchtlingsarbeit im ländlichen Raum ist durch besondere Anforderungen gekennzeichnet. Die Regionalen Beratungsteams bei Miteinander e.V. wollen deshalb Akteure dabei unterstützen. Ein Überblick.

1 Im Internet unter: https://www.facebook.com/WillkommenHHM/posts/1606120289667181 , zuletzt eingesehen am 22.06.15.

Eine Frage der Haltung

Oftmals treten im Laufe des Engagements für Flüchtlinge Fragen auf ganz unterschiedlichen Ebenen auf – sei es das Asylrecht, die Unterbringung oder die Reaktionen aus der alteingesessenen Bevölkerung betreffend. Es ist schwierig, sich in die Lage von Geflüchteten hineinzuversetzen, ihre Nöte, Ängste und Bedürfnisse zu verstehen, wenn man bisher das Glück hatte, nie fliehen zu müssen. Hinzu kommt ein mitunter kompliziertes und repressives Asylrecht, das den Alltag der Betroffenen bestimmt. Unterstützungsarbeit kann daher auf den ersten Blick wie ein Fass ohne Boden wirken: Wo werde ich gebraucht? Was kann ich tun? Welche Aufgabenfelder gibt es? Wo bekomme ich mehr Informationen? Wer sind meine Ansprechpartner_innen? Wo sind meine Grenzen?

Manche Aspekte der Unterstützungsarbeit sind zunächst nicht so offensichtlich wie andere. Dann wiederrum gibt es Details, die auf den ersten Blick banal wirken können, aber enorm wichtig sind. Im Unterschied zur Stadt gibt es im ländlichen Raum kaum gewachsene Netzwerke und Unterstützerstrukturen, auf deren Erfahrungswissen zurückgegriffen werden könnte. Eine Abhilfe wollen wir als Regionale Beratungsteams bei Miteinander e.V. schaffen. Seit dem vergangenen Jahr beraten wir zunehmend Menschen, die sich solidarisch für Flüchtlinge engagieren.

Grob vereinfacht, lassen sich vier Arbeitsfelder identifizieren, die für Unterstützungsinitiativen in Betracht kommen. Diese können theoretisch unterschieden werden, überschneiden sich in der Praxis jedoch immer wieder. Es handelt sich um die Arbeitsfelder Kommunikation, bürgerschaftliches Engagement, Unterbringung und Aufklärung.

Unterstützung für Flüchtlinge beginnt mit einer Selbstbefragung: Was ist mein Ziel? Was ist meine Haltung? Wir plädieren für eine Begegnung auf Augenhöhe ohne paternalistische Absichten. Die Perspektiven und Bedürfnisse von Flüchtlingen müssen ernst genommen werden, um eine sinnvolle Hilfe organisieren zu können. Ansonsten kann sich sehr schnell Unmut über „fehlende Dankbarkeit“ breit machen, etwa weil eine Kleidersammlung auf wenig Interesse stößt. Auch mit ihren Mitstreiter_innen sollten sie ihre Haltung besprechen und sich abstimmen, denn als Engagierte wirken sie auf die Atmosphäre, die in ihrem Ort den Flüchtlingen gegenüber herrscht, ein.

Auch unter denjenigen, die Hilfe anbieten, kann es unterschiedliche Motivationen geben. Während die einen in den Flüchtlingen vor allem ein Problem sehen, das mittels „Integration“ „gelöst“ werden muss, handeln die anderen aus einer menschenrechtsorientierten Perspektive. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Schutz vor Folter und Verfolgung, aber auch gewisse materielle Standards sind essentiell für eine demokratische Gesellschaft. Die Haltung geflüchteten Menschen gegenüber ist in einem reichen Land wie Deutschland also nicht nur eine Frage des Anstands und der Moral, sondern auch eine Frage zur Haltung gegenüber der Demokratie und ihren Werten. So formulierte es auch eine überparteiliche Initiative junger Stadt- und Gemeinderäte im Salzlandkreis im letzten Jahr: „Wir verstehen das Grundrecht auf Asyl als ein kostbares Gut, welches im Salzlandkreis durch Menschlichkeit und Offenheit gelebt werden muss.“ [2]

Die Bedürfnisse der Geflüchteten ernst nehmen

Bürgerinitiativen sollten breit aufgestellt sein und einen Querschnitt der örtlichen Zivilgesellschaft repräsentieren. Neben Sport- und Kulturvereinen, Kirchen und Sozialverbänden empfiehlt es sich, auch Kontakt zu Heimbetreiber_in (im Falle einer Gemeinschaftsunterkunft), Sozialbetreuung, Kreis- und Ortsverwaltung, Schulen sowie Ärzten zu halten. Wichtig ist, dass Zuständigkeiten geklärt werden: Wer spricht mit wem? Und vor allem: Wer ist Ansprechperson für die Flüchtlinge? Für Neu-Angekommene sind insbesondere die Fragen rund um den Asylantrag und die medizinische Versorgung wichtig. Auch Deutschkurse und die Beschulung von Kindern sind immer wieder auftauchende Themen. Es braucht zunächst kein besonderes Fachwissen. Schon die

2 Im Internet unter: http://stadtrat-gruene-bernburg.de/startseite/single-news/article/gruene_ratsfraktion_unterstuetzt_die_initiative_und_die_erklaerung_der_jungen_stadtraete_im_salzland/, zuletzt eingesehen am 22.06.15.

Begleitung von Flüchtlingen zu Behörden kann eine große Hilfe sein. Grundsätzlich plädieren wir auch dafür, die Geflüchteten mit in die Unterstützerstrukturen einzubinden – insofern sie das wünschen – da die direkte Kommunikation sinnvoller ist.

Aktive sollten sich darüber im Klaren sein, dass sie mit ihrer Hilfe zum Teil Aufgaben übernehmen, die eigentlich im Verantwortungsbereich von Behörden und Verwaltung liegen. Die aktuelle Erfahrung zeigt jedoch, dass Mindeststandards oftmals nicht eingehalten werden. Es ist daher vor allem bei Gemeinschaftsunterkünften ratsam, genauer hinzuschauen: Wie groß sind die Zimmer? Gibt es einen geeigneten, großen Aufenthaltsraum? Ist der Brandschutz gewährleistet? Gibt es einen Sicherheitsdienst und ist dieser gegenüber Rassismus sensibilisiert? Ist die gesundheitliche Versorgung – darunter fällt auch psychosoziale Beratung – gewährleistet?

Auch in diesem Fall braucht man kein_e Expert_in für Asylrecht zu sein, um ein Unbehagen über die Zustände in einer Gemeinschaftsunterkunft zu formulieren. Zum einen helfen Ratgeber wie der „Leitfaden zum Flüchtlingsrecht“ [3]vom Informationsverbund Asyl & Migration. Zum anderen sind die gesetzlichen Mindeststandards eben Mindeststandards, deren Menschenwürdigkeit höchst streitbar ist. Gegenüber Betreibern muss nicht mit dem Gesetzbuch argumentiert werden: Hat ein Landkreis verkündet, die „Integration“ der Flüchtlinge zu fördern, kann er zum Beispiel darauf aufmerksam gemacht werden, dass Möglichkeiten zur Kommunikation – etwa durch bereit gestellte PC’s mit Internetanschluss – insbesondere in den oftmals abgeschiedenen Gemeinschaftsunterkünften, äußerst wichtig sind. Weitere Möglichkeiten der Teilhabe am öffentlichen Leben in einem Ort ergeben sich durch Sport- und Kulturvereine oder durch Räume, die gemeinsam von Flüchtlingen und Nicht-Flüchtlingen gestaltet werden, wie z.B. das „Cafe‘ Internationale“ in Merseburg[4].

Die sogenannten Ängste der Bevölkerung

Nicht zuletzt bilden negative Reaktionen aus der alteingesessenen Bevölkerung eines Ortes oftmals ein Aufgabenfeld, mit dem sich Bürgerinitiativen für Flüchtlinge beschäftigen. Man kann verschiedene Eskalationsstufen unterscheiden: Von Gerüchten über angebliche kriminelle Machenschaften der Geflüchteten zum „Shitstorm“ auf Facebook, über Pöbeleien und Beleidigungen bis hin zu Demonstrationen, körperlichen Angriffen oder Anschläge auf Unterkünfte ist der Weg manchmal nicht weit. Jedenfalls hat sich laut unabhängigen Organisationen, Presse und BKA die Hetze und Gewalt gegenüber Flüchtlingen seit dem Jahr 2012 verstärkt.[5]

Im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen Flüchtlinge ist in diesem Zusammenhang oftmals auch von „berechtigten Ängsten“ der Bevölkerung, die „ernstgenommen werden müssen“ zu hören. Als Regionale Beratungsteams gegen Rechtsextremismus warnen wir jedoch vor der Unterschätzung der Wirkmächtigkeit rassistischer Ressentiments, deren virulente Verbreitung seit Jahren durch Umfragen bestätigt werden. Es gilt zu trennen: Sind skeptische Menschen für Argumente erreichbar, wollen sie wirklich über Ängste reden oder lassen sie nur gelten, was ihr Weltbild bestätigt und den Flüchtlingen ihr Existenzrecht abspricht?

Je nach Eskalationsstufe gibt es Strategien des Umgangs, die der Verbreitung von Gerüchten entgegenwirken oder Betroffene unterstützen. Beispielsweise ist die öffentliche Positionierung von stadtbekannten Persönlichkeiten – etwa in Regionalzeitungen oder lokalen Anzeigenblättern – ein gutes Mittel, um Menschen mit Argumenten zu erreichen. Auch hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass soziale Medien wie Twitter und Facebook nicht nur dazu dienen können, rassistische Hetze zu verbreiten, sondern ebenso dazu die Falschmeldungen zu entlarven. Zudem: Menschen, die sich in den vergangenen Monaten dem Mob vor Flüchtlingsunterkünften in Freital und Heidenau entgegenstellten, verabredeten sich zum großen Teil über Twitter.

3 Im Internet unter: http://www.asyl.net/index.php?id=369 , zuletzt eingesehen am 22.06.15.

4 Vgl. z.B. die Einladung auf Facebook vom 29.07.14: https://de-de.facebook.com/events/1424868134469238/

5 Vgl. z.B. http://www.focus.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bericht-zunahme-der-gewalt-gegen-migranten-seit-beginn-von-pegida_id_4434696.html und https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldung/rechte-hetze-gegen-fluechtlinge-eine-chronik-der-gewalt-2014-03 , beide zuletzt eingesehen am 22.06.15.

Leitbild

Der gemeinnützige Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt unddarüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteur_innen der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Alltagskultur in Sachsen-Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur_innen sowie der parteilichen Opferberatung.

Struktur

Mitglieder des Vereins sind derzeit sechs Institutionen sowie 46 Privatpersonen. Der Verein beschäftigt gegenwärtig 22 hauptamtliche Mitarbeiter_ innen in den drei Regionalen Zentren Magdeburg, Salzwedel und Halle/Saale. Miteinander e. V. ist Träger mehrerer Bundesprojekte – u. a. der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt, der Arbeitsstelle Rechtsextremismus, der Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, der Kompetenzstelle Eltern und Rechtsextremismus (KER), Träger des Modellprojekts Frei(T)Räume erleben – Wege in einen demokratischen Alltag, des AntiDiskriminierungsNetzwerks Sachsen-Anhalt sowie der Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg. Dem Vorstand gehören Anke Lohmann (Vorsitzende), Curt Stauss und Susanne Wiedemeyer an.

Spendenaufruf

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit für Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus mit einer Spende! Alle Zuwendungen kommen direkt der Arbeit des Vereins zugute. Ihre Spende erreicht uns über das unten angegebene Vereinskonto. Sie können außerdem bequem online spenden.

Möchten Sie mit Ihrer Spende gezielt ein Teilprojekt des Vereins oder Betroffene rechter Gewalt unterstützen? Dann sprechen Sie uns an und wählen Sie eines der Miteinander-Projekte aus!

Der Verein ist gemeinnützig und Ihre Spende somit steuerlich absetzbar. Die ordnungsgemäße Verwendung aller Mittel wird durch die Kassenprüfer_innen des Vereins und ein Steuerbüro kontrolliert. Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, teilen Sie uns bitte Ihre Anschrift mit.

Spendenkonto
Kontoinhaber: Miteinander e. V.
IBAN: DE14810205000008473400
SWIFT/BIC: BFSWDE33MAG
Bank für Sozialwirtschaft AG

Impressum

Themenheft Rassistische Mobilisierung

Redaktion	Michael Barthel Christoph Beyer Torsten Hahnel Ricarda Milke
V.i.S.d.P.	Ricarda Milke
Autor_innen	Michael Barthel David Begrich Torsten Hahnel Anke Lohmann

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie durch Mittel des Ministeriums für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt.

Kurz vorgestellt:

Handreichung Kompetenzstelle Eltern und Rechtsextremismus KER

Diese Handreichung fasst das Angebot der Kompetenzstelle Eltern und Rechtsextremismus (KER) in einer Broschüre zusammen und gibt erste Handlungsempfehlungen für die Arbeit.

KER unterstützt Akteure der Erziehungs-, Eltern- und Familienhilfe in der Arbeit mit Eltern rechtsaffiner Kinder und deren Angehörigen sowie in der Arbeit mit rechten Eltern. Darüber hinaus werden Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe im Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen beraten.

Diese Broschüre kann gegen eine Schutzgebühr von 1 € für den Versand in der Geschäftsstelle des Miteinander e.V. bestellt werden oder im Internet unter www.miteinander-ev.de

Miteinander
Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

Geschäftsstelle Magdeburg
Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg

Tel.: (0391) 62077-3
Fax: (0391) 62077-40
net.gs@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Nord
Miteinander e.V.
Chüdenstraße 4
29410 Salzwedel

Tel.: (03901) 30643-0
Fax: (03901) 30643-2
net.rzn@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Süd
Miteinander e.V.
Platanenstraße 9
06114 Halle/Saale

Tel.: (0345) 2266450
Fax: (0345) 2267101
net.rzs@miteinander-ev.de